

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Feiertagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, literarische Umschau, wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 1 M. u. 30 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Vor der Eröffnung der Nationalversammlung.

Weimarer Auftakt.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.
je Weimar, 5. Februar.

Das Programm für die Eröffnungssitzung der Nationalversammlung hat insofern eine Aenderung erfahren, als der Gesandte Deutsch-Oesterreichs, Professor Ludo Hartmann, nicht, wie man bisher annahm, selbst das Wort ergreifen wird, um die Grüße und Wünsche Deutsch-Oesterreichs zu überbringen, dagegen ist vorgesehen, daß Ebert in seiner Begrüßungsansprache in die von Deutsch-Oesterreich gebotene Hand einschlagen wird. Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs ist in den letzten Tagen der Verwirklichung nähergerückt, und man kann in Aussicht nehmen, daß bereits in der nächsten Woche konkrete Verhandlungen über die Einzelheiten gegeben werden. Nach den am 18. Februar stattfindenden Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung werden Vertretungen der einzelnen Parteien in Weimar erscheinen, um Führung mit den hiesigen Stellen zu nehmen.

Der Beginn der heutigen Sitzung ist auf 3 Uhr festgesetzt. Nach der provisorischen Konstituierung erfolgt voraussichtlich die Beratung bis Montag. Der Freitag und Sonnabend dienen der Vorberatung der Bürowahlen und der Verständigung zwischen den Parteien.

Die Konstituierung der einzelnen Fraktionen ist zu Ende geführt worden. Fraktionsvorsitzender der Christlichen Volkspartei (Zentrum) ist Gröber. Die Deutschnationale Volkspartei hat zum Vorsitzenden den Grafen Posadowsky gewählt, zu dessen Stellvertreter die Herren Dietrich, Schulz-Bromberg und Behrens. Vorsitzender der Deutschen Volkspartei ist der sächsische Staatsminister a. D. Heinze. Die Nationalversammlung wird für ihre Mitglieder ein Diätenpauschal von 3000 Mark beschließen. Man nimmt an, daß damit die Ausgaben für die zwei Monate der Sitzungsdauer gedeckt sein werden.

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei macht auf die drei leitenden Stellen Anspruch, auf den provisorischen Reichspräsidenten (Ebert), die Ministerpräsidentenschaft (Scheidemann) und den ersten Vorsitz in der Nationalversammlung, wofür neben Seine und Löbe noch der bayerische Minister Auer genannt wird. Falls es gelingen sollte, einen Arbeitsplan der drei großen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei) zu schaffen, wäre unter Umständen eine Einigung in der Richtung zu erzielen, daß die Sozialdemokraten auf das Präsidium in der Nationalversammlung verzichten. In diesem Falle würde das Zentrum auf diese Stellung Anspruch erheben und Fehrenbach in Vorschlag bringen.

Wenn, wie anzunehmen ist, ein Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen nicht nach zustande kommt, wird es sich darum handeln, ob es gelingt, Demokraten und Zentrum für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen. In sich ist das Drängen in diesen Fraktionen nicht übermäßig stark, die Mitverantwortung für die nächste Zeit zu übernehmen, da die ungeheuren Schwierigkeiten der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse von jeder persönlichen Einmischung abhören und den Parteiführern die Frage nahelegen müssen, ob eine kritische abwartende Haltung nicht die größeren Vorteile bringen würde. Bei den Demokraten legt man bei aller Bereitwilligkeit, Parteinteressen hinter den nationalen Notwendigkeiten zurückzutreten zu lassen, doch Wert darauf, nicht als einzige bürgerliche Partei die Verantwortung dieser tragischen Stunde mit den bisherigen Machthabern zu teilen, die naturgemäß auch in Zukunft die führende Rolle beanspruchen. Deshalb liegt der Schlüssel der Frage beim Zentrum, das seinerzeit eine gewisse Rückversicherung nach rechts anstrebte und als Vorbedingung für seinen Eintritt in die Regierung die Zustimmung aus der rechtsstehenden Partei in geltend machte. Falls man zu einer Einigung gelangt, würde ein Kabinett von 12 bis 14 Mitgliedern gebildet werden, das zur Hälfte aus Mehrheitssozialisten, zur anderen aus Demokraten und Zentrumsmitgliedern bestehen würde.

Die sozialdemokratische Fraktion, die gestern ihre Vorstandswahl vornahm und zur Klärung ihres Verhältnisses zu den Unabhängigen dem bereits erwähnten Infrage Landsbergs zustimmte, hat sich heute mit den Grundzügen der Verfassung beschäftigt; dabei sind die unitarischen und die partikularistischen Strömungen gegeneinander aufgetreten. Es hat sich dabei erfreulicherweise gezeigt, daß auch in Süddeutschland die partikularisti-

schen Strömungen keineswegs so stark sind, wie nach dem Auftreten der Unabhängigen Eisner und Genossen scheinen konnte. Fraktionsführer ist Unterstaatssekretär Dr. David.

Die Deutsche Demokratische Fraktion hatte heute eine allgemeine Aussprache, die sehr bewegt verlief. Es wurde eine Wahlkommission eingesetzt, die die Vorschläge für die Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes ausgearbeitet hat. Dieser soll aus neun Mitgliedern bestehen. Man nimmt an, daß der Abgeordnete v. Payer, der einstweilen zum Vorsitzenden ernannt wurde, endgültig die Leitung der Fraktion übernehmen wird. Als weitere Mitglieder des Vorstandes werden u. a. genannt: der sächsische Minister a. D. Rißhake, Oberbürgermeister Koch-Kassel, Dr. Friedrich Kaumann, Freiherr v. Richthofen, Senator Dr. Peters.

Das provisorische Kabinett hat heute eine Sitzung abgehalten und einen Entwurf zur Regelung der Arbeiterfrage verabschiedet.

Keine sozialdemokratische Einigung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Weimar, 5. Februar.

Die Annahme, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen sich auf der Nationalversammlung vereinen würden, ist, wie die P. P. N. melden, irrig. Es sei, so erklärt die parteioffizielle Korrespondenz, auch nicht ersichtlich, welche Vorgänge diese Gerüchte veranlaßt haben könnten.

In Weimar, Erfurt, Göttingen, Herz im ganzen Umkreis der Nationalversammlung herrscht vollkommene Ruhe. In Weimar wehen seit heute mittag die ersten Flaggen zu Ehren der Nationalversammlung. Schwarz-rot-gold herrscht vor. Aber auch die sachsen-weimariischen Landesfarben sind zu sehen.

Reichsständliche Abgeordnete?

* Weimar, 5. Februar.

In Weimar sind im Laufe des Mittwochs zwölf Vertreter der Reichslande eingetroffen, die in einer der ersten Sitzungen der Nationalversammlung zu werden. Die sächsische Deputation steht unter der Führung des früheren Kriegsministers Schleich, außerdem gehören ihr noch an Herr Schwander (Erfurt), der frühere sozialdemokratische Abgeordnete C. M. C., Justizrat Donnwert (Meh) und andere über das ganze Reich zerstreut wohnende Elässer und Thüringer aller Parteien, auch eine Frau, nämlich die Oberlehrerin Dr. Krausler (Berlin-Oranienburg), gehört der Vertretung an. Die Deputation steht auf dem Standpunkt, daß sie als legitime Vertretung der Reichslande angesehen werden müsse, da sie auf Grund eines Wohlwollens aller Parteien nach dem Verhältnis der früher in den Reichslanden abgegebenen Stimmen zusammengesetzt ist. Mit der Reichsregierung ist wegen der Zulassung zu der Nationalversammlung bereits Führung genommen worden. Man glaubt jedoch nicht, daß die Zulassung erfolgen wird, vor allem widerspricht ihr der Vorsitzende der Reichslandtagskommission, Czibaszger, der von der Zulassung eine Erschwerung der Friedensverhandlungen befürchtet.

Anhalt und Braunschweig.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Dessau, 5. Februar.

Zu der dieser Tage von demokratischer Seite in der Landesversammlung gestellten Anfrage, wie sich die Regierung zu den Beschlüssen der Braunschweiger Unabhängigen stelle, die, ohne jeden Nachstich zu besitzen, einfach über Anhalt verfügt hatten, wird jetzt amtlich erklärt: Das anhaltische Staatsministerium denkt gar nicht daran, sich unter die braunschweigische Oberhoheit zu stellen. Die von dort ausgehenden Bestrebungen, auf Kosten anderer Staatsgebilde ein größeres Braunschweig zu schaffen, werden strikt abgelehnt. Es wird alles geschehen, um Lösungsbestrebungen, falls sie im Lande in die Erscheinung treten sollten, im Keime zu ersticken. Auch etwaigen Grenzregulierungen werde die Regierung nicht zustimmen. So sei zum Beispiel eine Vereinigung von Leopoldshall mit dem preussischen Staßfurt ausgeschlossen. Die Regierung weiß, daß ihr Bestreben von der gesamten anhaltischen Bevölkerung gebilligt wird.

Ein neues Reich.

Nach unendlichem Leid schlägt heute dem deutschen Volke eine große Stunde. Die frei gewählten Vertreter der Nation treten zusammen, um den deutschen Volksstaat zu gründen, den Staat, der eins sein soll mit dem ganzen deutschen Volk. Was seit Monaten, noch vor Ausbruch der Revolution, der Wunsch der Besten gewesen ist, was seither das Ziel der Sehnsucht Aller wurde, ist heute erfüllt: die Nationalversammlung tagt. Das zweite wichtigste Stadium der Revolution hat begonnen: das Stadium des Aufbaus. Das alte Reich ist zugrunde gegangen an dem völligen Mangel an fruchtbaren Ideen, an der geistigen Dürre, die den Worten und Taten seiner politischen Leiter eigen war. Nicht der alte Geist, sondern die Abwesenheit jeden Geistes hat sein Schicksal besiegelt; und die Revolution war in ihrem ersten Teil nur der vernichtende Stoß gegen die entseelte Hülle, war der Schrei nach einem neuen gestaltenden Geist für den deutschen Volkskörper.

Die eigentliche Revolution soll erst heute beginnen. Sie soll darin bestehen, daß der souveräne Gedanke auf den Thron gesetzt wird, der ihm von Gottes und Volkes Gnaden gebührt. Darin soll sie bestehen, daß das ganze Volk und seine erwählten Vertreter die unsichtbaren Fesseln zerbrechen, die sie noch an eine tote Vergangenheit knüpfen. Verschwinden muß jede Erinnerung an die alte Politik der Routine, der kleinen Ziele und schwächlichen Mittel, an die Politik der Halbheit und Aengstlichkeit, die ein großes Volk zugrunde gerichtet hat. Ausgetilgt werden muß nach innen und außen die Erinnerung an jene politische Unwahrscheinlichkeit, an jene aus Feigheit und Unglauben zusammengesetzte Abneigung gegen die Gewalt der Kühnen bahnbrechenden Ideen, die dem deutschen Volk den Glauben an sich selbst und das Vertrauen der anderen gestohlen hat. Vernichtet sei jeder Gedanke an eine Autorität, die nicht den Willen des ganzen Volkes und den Geist seiner Erwählten zur Quelle hat. Das deutsche Volk muß lernen, sich frei zu fühlen, niemanden untertan, als sich selbst und den Aufgaben, deren Erfüllung ihm das Recht auf sein Dasein geben.

Der revolutionäre Grundgedanke, der jetzt in Weimar zur Tat werden soll, lautet, daß die Nation eine unteilbare Einheit ist, ein lebendiges, schaffendes Wesen, mit allen Pflichten und Rechten des bestellten Individuums. Die erste Tat der Nationalversammlung muß darum sein, daß sie der gesamten und ungeteilten Nation ihre Stimme leiht zu dem großen Einheitsbekenntnis: Ich bin. Die Verkündung der deutschen Einheit sei das erste Wort der Nationalversammlung.

Ist die Volkseinheit geschaffen, so muß sie ihrem höchsten Zweck, ihrer Lebensbestimmung, zugeführt werden. Das Volk muß ein schaffendes Wesen sein, ein Organismus, der die Werte erzeugt, die er verbrauchen will. Das Volk muß wieder arbeitsfähig und arbeitswillig werden. Es muß wissen, daß es nicht müßelig und verdrossen für einige Ausgewählte schafft, sondern für sich selbst. Es muß den Lohn seiner Arbeit empfangen; aber zuerst das Volk als Ganzes und dann erst der einzelne; denn die Gesamtheit ist wichtiger als jeder Teil, wenn sie eine wirkliche Einheit bildet. Die Produktion der Güter ist kein Recht, sondern eine Pflicht des einzelnen, aber er soll sie freudig erfüllen und in dem Bewußtsein, daß seine Einzelarbeit nichts ist ohne den Zusammenhang mit der allgemeinen Leistung. Aus diesem Geiste sollen die Maßnahmen entspringen, die die Nationalversammlung im Namen des souveränen Volkes für seinen inneren Aufbau trifft.

So wenig wie der einzelne Mensch vermag auch das einzelne Volk abgefordert von den übrigen oder als ihr Feind zu leben und zu schaffen. Auch hier ist die Freiheit des Teiles bedingt durch seinen Eintritt in die größere Organisation, in die höhere schaffende Einheit. Diesen Zeitgedanken muß die Nationalversammlung vor Augen haben, wenn sie an die Erfüllung der Pflicht herantritt, die künftigen Beziehungen Deutschlands zu den anderen Völkern zu bestimmen und die Grundlagen des kommenden Friedens zu schaffen. Auch hier gilt es, alte Traditionen zu zerbrechen, alte Vorurteile über Bord zu werfen. Das revolutionäre Deutschland muß den